...heder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,35 Mk. alle 4 Wochen.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 164 | Samstag, den 15. Juni 1929 | Jahrgang 1929

Der Vertrag mit dem Heiligen Stuhl unterzeichnet.

Die Sicherung des dauernden kirchlichen Friedens.

○ **Berlin, 14. Juni.**

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist am 14. Juni um 11 Uhr vormittags der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Preußen und der römischen Kurie vom preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun und dem päpstlichen Nuntius Pacelli unterzeichnet worden. Dem Unterzeichnungsakt wohnten ferner die Staatsminister Dr. Becker und Dr. Höpker-Aschoff bei. Außerdem waren anwesend der Staatssekretär im Staatsministerium Dr. Weismann, der Staatssekretär im Kultusministerium Dr. Lammers, Ministerialdirektor Dr. Trendelenburg, Nuntiaturrat Aloys Centoz und P. Eduard Gehrmann.

Der Herr Ministerpräsident dankte nach der Unterzeichnung des Vertrages dem Herrn apostolischen Nuntius und seinen Mitarbeitern für die große Mühewaltung, die er dem Vertragswerk gewidmet hat, und sprach auch den Herren auf der preußischen Seite seinen Dank aus. Er sprach die Hoffnung aus, daß das Parlament den Vertrag genehmigen werde und daß damit heute der Grundstein zu dauernd friedlichen Beziehungen zwischen dem preußischen Staat und der Kirche gelegt sei. Der Herr apostolische Nuntius dankte dem Herrn Ministerpräsidenten und erklärte, daß das Parlament, wenn es diesen Vertrag genehmigt, eine historische Tat vollzieht, mit der der dauernde kirchliche Frieden gesichert sei.

(Der Wortlaut des Vertrages wird an anderer Stelle dieser Ausgabe veröffentlicht.)

★

Die neue Diözesanumschreibung.

Zum Erzbistum Köln gehören die Diözesen Aachen, Trier, Limburg, Münster und Osnabrück, zum Erzbistum Paderborn die Diözesen Fulda und Hildesheim.

Nach der in dem neuen Konkordat enthaltenen Diözesanumschreibung wird das neue Bistum Aachen gebildet aus dem Regierungsbezirk Aachen, sowie sechs Kreisen des Regierungsbezirks Düsseldorf, nämlich Grevenbroich, Gladbach, M.-Gladbach, Rheydt, Krefeld (Stadt und Land) und Kempen. Außer dem Kreis Kempen, der der Diözese Münster entnommen wird, ist das alles bisheriges Kölner Diözesangebiet. Das neue Bistum nimmt damit der Erzdiözese Köln von ihren 3½ Millionen Katholiken fast eine Million ab.

Die Diözese Berlin, die etwas über eine halbe Million Katholiken zählen wird umfaßt das bisherige Delegaturgebiet, also Großberlin, Brandenburg und Pommern mit Ausnahme der kleinen Teile dieser beiden Provinzen, die schon bisher zur Diözese Breslau und zur Apostolischen Administratur Schneidemühl gehörten. Diese Administratur, zu der auch die westlichen deutschen Restgebiete der beiden heute polnischen Diözesen, des Erzbistums Posen und des Bistums Kulm, gehören, wird ein selbständiger, keiner anderen Diözese zugehöriger Verwaltungsbezirk, eine Praelatura nullius, die unmittelbar dem Papst untersteht. Der Prälat, der an der Spitze dieses kirchlichen Sprengels steht, kann natürlich die Bischofsweihe empfangen

Dem Bistum Osnabrück werden die bisher von seinem Bischof verwalteten Missionsgebiete einverleibt. Es sind das die Apostolische Präfektur Schleswig-Holstein und die Norddeutschen Missionen Bremen, Hamburg, Lübeck, Schaumburg-Lippe und Mecklenburg Die Diözese Fulda erhält von Paderborn das Kommissariat Heiligenstadt und das Dekanat Erfurt. Dagegen tritt Fulda die Grafschaft Schaumburg an Hildesheim, den ihm zugehörigen Teil der Stadt Frankfurt am Main an die Diözese Limburg ab Die Apostolische Administratur Pomesanien, der kleine Teil Westpreußens östlich des Korridors, der nach dem Volksentscheid beim Reich verblieb, wird mit dem Bistum Ermland vereinigt.

Wie bereits mitgeteilt werden alle preußischen Diözesen in drei Kirchenprovinzen zusammengefaßt Von den jetzigen preußischen Diözesen bildeten bisher nur Münster, Paderborn und Trier mit Köln als Erzbistum einen preußischen Metropolitanverband Vier andere sind bekanntlich erst im Jahre 1866 zu Preußen gekommen: Osnabrück und Hildesheim, das Gebiet des früheren Königreichs Hannover; ferner die beiden der Oberrheinischen Kirchenprovinz mit der der Metropole Freiburg zugehörigen Bistümer Fulda und Limburg, das alte Kurhessen und Hessen-Nassau. Breslau und Ermland standen jedes für sich. Hier schafft das Konkordat ganz neue Verhältnisse Fulda und Limburg werden aus ihrem bisherigen Verband gelöst Zur Kirchenprovinz des Erzbistums Köln zählen Trier, Aachen und Limburg, Münster und Osnabrück Als zweiter erzbischöflicher Sitz ist das Zentrum der mitteldeutschen Diasporafürsorge, der Sitz des Bonifatiusvereins, Paderborn, ausersehen. Zu seiner Kirchenprovinz gehören die beiden Diasporadiözesen Fulda und Hildesheim Die dritte Kirchenprovinz umfaßt den ganzen Osten, also Breslau, das von jetzt an Erzbistum ist, die Diözesen Berlin und Ermland (Ostpreußen), sowie die Prälatur Schneidemühl.

★

Erläuterungen der preußischen Regierung.

)(**Berlin, 14. Juni.**

Zu dem heute veröffentlichten Konkordat wurden der Presse von zuständiger preußischer Stelle noch einige Erläuterungen gegeben. Anwesend waren in der Pressekonferenz Ministerpräsident Dr. Braun, Kultusminister Dr. Becker und Finanzminister Dr. Hoepker-Aschoff.

Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß das Dokument nicht die Ueberschrift „Konkordat" trägt, sondern „Vertrag des Freistaates Preußen mit dem Heiligen Stuhl". Nach staatlicher Auffassung kam es darauf an, nun auch das Verhältnis zur katholischen Kirche auf eine feste juristische Grundlage zu stellen, nachdem die Stellung der evangelischen Kirche bereits vor einigen Jahren neuzeitlich geregelt worden ist. Der neue Vertrag mit der Kurie soll den Boden für ein friedliches Zusammenarbeiten schaffen. Er ist aber bewußt möglichst auf die Behandlung der Fragen beschränkt worden, die bereits in den alten Verträgen enthalten waren. Diese Tendenz kommt zum Beispiel in der Formulierung der Einleitung und im Artikel II zum Ausdruck, wo vereinbart wird, daß die gegenwärtige Diözesanorganisation bestehen bleibt.

Die Notwendigkeit des neuen Vertrages, betonte Kultusminister Dr Becker, ergab sich daraus, daß zahlreiche Bestimmungen der Regelung aus dem Jahre 1821 überholt sind Inzwischen sind territoriale Veränderungen eingetreten, allein schon durch den Versailler Vertrag, außerdem aber auch durch Bevölkerungsverschiebungen, wie z. B. in Berlin, wo vor 100 Jahren nur einige 10 000 Katholiken wohnten, während ihre Zahl jetzt annähernd eine halbe Million ist Dieser Verschiebung wird durch die Einrichtung des Bistums in der Reichshauptstadt Rechnung getragen. Was die Bischofswahl angeht, so erklärte der Kultusminister, daß hier ein Kompromiß vorliege, der auf der einen Seite das alte deutsche Partikularrecht der Bischofswahl wahre, auf der anderen Seite auch der Praxis der katholischen Kirche gerecht zu werden suche. Bischofswahlen bestehen bisher nur noch in Deutschland.

In der Oeffentlichkeit ist die Frage aufgeworfen worden, warum diese Neuregelung nicht einfach durch Gesetz erfolgt, dazu wurde unterstrichen, daß ja bindende Vereinbarungen mit der Kurie bestehen, die nicht gelöst, sondern nur durch einen neuen Vertrag ersetzt werden können. Die lange Dauer der Verhandlungen erklärt sich auch daraus, daß eine ganze Reihe von Fragen besprochen werden mußte, die in dem jetzt vorliegenden Vertrag nicht enthalten sind. Dazu gehört die Schule, die Pfarrerbesoldung, die Behandlung der Orden und die Frage der Minderheiten.

Wenn man, sagte Dr. Becker noch, den gegenwärtigen Vertrag mit dem Bayrischen Konkordat vergleiche, so sei hier eine Arbeit geleistet, die sich bemühe, den Interessen des Staates wie denen der Kirche gerecht zu werden, sich aber aufs Allernotwendigste beschränkt habe und vor allem die Dinge ganz nüchtern auf den Boden der Tatsache stelle. Im übrigen sei kein Zweifel daran, so erklärte der Kultusminister noch auf eine Frage hin, daß Preußen in der Lage und im Recht sei, einen solchen Vertrag aus eigner Machtvollkommenheit zu schließen, ohne das Reich zu fragen. Denn der Vertrag werde nicht mit dem Souverän des Kirchenstaats, sondern mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche geschlossen. Im übrigen sei der Reichsregierung der Vertrag übermittelt worden.

Die deutsche Reparationsdelegation beim Reichskanzler.

Berlin, 14. Juni. Der Reichskanzler empfing heute die deutschen Sachverständigen der Pariser Konferenz, die Herren Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Dr. Melchior und Geheimrat Kastl, im Beisein der an der Reparationsfrage beteiligten Minister und zuständigen Beamten. Der Reichskanzler sprach den Sachverständigen den aufrichtigen Dank der Reichsregierung für die aufopfernde Arbeit in Paris aus und fügte den Dank an die in erster Linie beteiligten Beamten, insbesondere die Ministerialdirektoren Dorn, Scheffer, Titter, sowie die Ministerialräte Berger und Claussen hinzu. Daran schloß sich eine kurze Erörterung der an den Sachverständigenplan anknüpfenden allgemeinen Fragen.

Krise im Regierungslager?

Keine Einigung über das Sofortprogramm für die Arbeitslosenversicherung.

Deutsche Volkspartei und Demokraten gegen Beitragserhöhung.

Von unserer Berliner Redaktion.

= **Berlin, 14. Juni.**

Die Verhandlungen der Regierungsparteien des Reichstages über das Sofortprogramm für die Arbeitslosenversicherung sind am Freitag nachmittag ergebnislos abgebrochen worden, während man noch am Donnerstag mit einer Einigung der Parteien glaubte rechnen zu dürfen. Die eingetretenen Schwierigkeiten entspringen hauptsächlich daraus, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei einstimmig den Beschluß faßte, unter allen Umständen eine Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung abzulehnen. Bisher war man der Annahme, die Deutsche Volkspartei würde schließlich doch noch ein, wenn auch nur geringfügiges, Zugeständnis machen. Diese Hoffnung ist jetzt völlig geschwunden. Die Situation hat sich insofern noch weiter verschärft, als auch die demokratische Reichstagsfraktion, die bisher nicht direkt gegen eine Beitragserhöhung war, einstimmig diese ablehnt. Den Demokraten sind die Bedenken anscheinend in dem Zeitpunkt gekommen, als sie sahen, daß die Deutsche Volkspartei überhaupt nicht mit sich reden lassen will.

Auf der anderen Seite stehen die Sozialdemokraten und fordern unter allen Umständen eine Erhöhung des Beitrages Der Plan, die einzelnen Punkte der beabsichtigten kleinen Reform mit wechselnden Mehrheiten im Reichstagsplenum annehmen zu lassen, wird von den Sozialdemokraten als völlig undiskutabel abgelehnt Sie verlangen, daß alle Regierungsparteien sich zu dem sogenannten Sofort-Programm bekennen müssen. Hinter dieser Forderung steht eine Drohung der Sozialdemokraten inbezug auf die Verabschiedung des Agrarprogramms Die bürgerlichen Parteien haben nämlich die Absicht, noch vor der Sommerpause dieses Agrarprogramm zur Annahme zu bringen Sofern jedoch aus dem Sofort-Programm bezüglich der Arbeitslosenversicherung nichts wird, werden die Sozialdemokraten auch der Verabschiedung des Agrarprogramms schärfsten Protest entgegensetzen.

Das Zentrum sieht es als seine Aufgabe an, bei den entstandenen Schwierigkeiten vermittelnd einzugreifen Ob diese Bemühungen zu einem Erfolg führen werden, muß dahingestellt bleiben Es ist überhaupt eine Zweckmäßigkeitsfrage, ob das Sofort-Programm in diesem Zeitpunkt angenommen werden muß. Wie bereits vor einiger Zeit werden auch jetzt wieder Stimmen laut, die betonen, daß es angebracht sei, zunächst den Erfolg der genauen Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen abzuwarten, um dann im Herbst die große durchgreifende Reform der Arbeitslosenversicherung in Angriff zu nehmen.

Wenn von gewissen interessierten Kreisen darauf hingewiesen wird, durch die jetzigen Schwierigkeiten, die sich wegen der Beitragserhöhung ergeben würden, könnte unter Umständen eine große Krise entstehen, so dürften solche Behauptungen verfehlt sein. Wenn jedoch schon bei der kleinen Reform keine Einmütigkeit unter den Regierungsparteien erzielt werden kann, so muß man im Herbst, wenn die große Reform auf der Tagesordnung steht, mit politischen Auswirkungen rechnen. Es wäre jedoch verfrüht, bereits in diesem Augenblick schon schwarz malen zu wollen. Zunächst wird es Aufgabe der Reichsregierung sein, wieder etwas Ordnung in die verworrene Situation zu bringen. Es dürfte aber auch feststehen, daß außerhalb des Reichskabinetts bezüglich der Frage der Beitragserhöhung kein einstimmiger Beschluß zustandekommen wird.

★

Der Reichsrat fordert schleunige Reform.

Eine Erklärung des Reichsarbeitsministeriums.

▲ **Berlin, 14. Juni.**

Der Reichsrat hat in einer Entschließung zur Reform der Arbeitslosenversicherung Stellung genommen. Er betont darin die bedrohliche finanzielle Notlage der Reichsanstalt und die Notwendigkeit, insgesamt gesetzgeberische Maßnahmen zu ihrer Sanierung zu ergreifen. „Wenn daher," so fährt die Entschließung fort, „die Arbeiten des Sachverständigenausschusses überhaupt einen Zweck haben sollen, so müssen sie so schnell in Angriff genommen und in der Weise gefördert werden, daß das Ergebnis spätestens Anfang Juli des Jahres vorliegt."

Das Reichsarbeitsministerium gab zu der Entschließung des Reichsrats eine Erklärung ab, in der auf die Verhandlungen der Regierungsparteien über das sogenannte Sofortprogramm hingewiesen und betont wird, daß dieses Programm noch vor dem Auseinandergehen des Reichstags dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen soll Dieser Teil der Erklärung des Arbeitsministers ist vor der Beendigung der heutigen Besprechung zwischen den Regierungsparteien entworfen worden; denn er nimmt von ihrem wenig erfreulichen Ausgang noch keine Notiz. Was den Sachverständigenausschuß betrifft, so kündigt die Erklärung des Arbeitsministeriums an, daß er etwas später zusammentreten müsse, voraussichtlich aber noch in diesem Monat. Die Reichsregierung sei selbstverständlich bemüht, auch die Arbeiten dieses Ausschusses so zu fördern, wie es irgend möglich sei, aber sie halte es aus technischen Gründen nicht für möglich, daß diese Arbeiten schon Anfang Juli beendet sein könnten.

Der Geist des Konkordats.

Der nunmehr paraphierte Vertrag zwischen Preußen und dem Heiligen Stuhl wird, voraussichtlich sofort, den Weg in den Preußischen Staatsrat und Landtag antreten, von deren Entscheid es abhängt, ob er in Preußen geltendes Recht werden soll. Er ist berufen, den Vertrag abzulösen, den Preußen vor über 100 Jahren, im Jahre 1821, durch die Bulle De salute animarum mit dem Heiligen Stuhl abgeschlossen hat. Die Staatsumwälzung und die neue Reichsverfassung haben, wie dies Ministerpräsident Dr. Braun selbst letzthin auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg erklärte, die rechtliche Gültigkeit jener Abmachungen unter den neuen Verhältnissen zum wenigsten sehr zweifelhaft gestaltet. Praktisch anwendbar ist sie auf diese Verhältnisse überhaupt nicht mehr. Sie hat aber die Kategorien der kirchlichen Organisation bestimmt, über die im neuen Konkordat verhandelt werden sollte. Es sind drei: die Diözesanumschreibung, d. h. die Einteilung des preußischen Gebietes in Bistümer, die kirchliche Aemterbesetzung und die staatlichen finanziellen Leistungen für die Spitzenorganisationen der Diözesen.

Die Diözesanumschreibung des neuen Konkordats umfaßt drei Punkte: die Bildung neuer Diözesen, Gebietsverschiebungen innerhalb der bisherigen Diözesen, Zusammenfassung aller preußischen Bistümer in drei große Kirchenprovinzen. Näheres darüber und unsere gestrigen Ausführungen Ergänzendes wird an anderer Stelle gesagt.

Die kirchlichen Aemter baut das Konkordat folgendermaßen auf: Zunächst müssen alle, die nicht bloß vorübergehend, aushilfsweise, sondern auf Dauer im Dienste der Kirche und Seelsorge tätig sein wollen, deutsche Staatsangehörige (Preußen oder Nichtpreußen) sein und die Reife für die deutsche Hochschule besitzen. Soweit sie Stellen in der gewöhnlichen Seelsorge annehmen, die der Staat nicht dotiert, ist die Kirche in ihrer Ausbildung, Auswahl und Anstellung vollkommen frei. Auch Ordensmitglieder kann sie verwenden. Wer aber eine vom Staate dotierte Pfarrstelle, eine Stelle in der Verwaltung der Diözese bis hinauf zum Bischof oder in der Erziehung und Ausbildung der Priesteramtskandidaten einnehmen will, muß sich mindestens drei Jahre (die Kirche verlangt in Wirklichkeit ein viel ausgedehnteres Studium!) in einer der folgenden Hochschulen ausgebildet haben: an einer der katholischen theologischen Fakultäten innerhalb des Reichsgebietes, oder an der Akademie in Braunsberg oder an einem der staatlich anerkannten bischöflichen Seminare auf Reichsgebiet. Innerhalb Preußens sind es die Bischöfliche Akademie in Paderborn, das Bischöfliche Seminar in Trier, das Bischöfliche Seminar in Fulda, die Philosophisch-theologische Lehranstalt der Diözese Limburg „St. Georgen" in Frankfurt am Main. Die Bischöfe von Osnabrück und Hildesheim sind berechtigt, auch in ihren Diözesen philosophisch-theologische Hochschulen zu errichten. Oder endlich an einer päpstlichen Hochschule in Rom. Die an den österreichischen Universitäten in Wien, Graz und Innsbruck zurückgelegten Studien in Philosophie und Theologie gelten soweit, als andere geisteswissenschaftliche Fächer der genannten Universitäten in Preußen anerkannt werden. Dies vorausgesetzt ist die Kirche in der Besetzung der Pfarreien frei. Der bittere Streitpunkt des Kulturkampfes, die Anzeigepflicht, ist der Geschichte übergeben. Der Bischof erstattet erst nach der Besetzung der Pfarreien und ebenso erst nach der Ernennung eines Weihbischofs oder Generalvikars Anzeige an die staatliche Behörde.

Die finanziellen Bestimmungen des neuen Konkordats nehmen bloß einen Artikel, Art. 4, in Anspruch. Der preußische Staat hat in den Jahren 1803 bis 1815 Riesenmassen von Kirchengut dem Staatsfiskus einverleibt. In der Diözese Breslau allein nicht weniger als etwa 400 Millionen Mark heutiger Goldwährung. Dafür hat er sich unter anderem verpflichtet, die Spitzenorganisationen der neuen Diözesen, also die Bischofsstühle, die Domkapitel, die Kathedralen und Ausbildungsanstalten der Priesteramtskandidaten zu finanzieren. Diese Finanzierung (Dotation) ist, wenn wir die vier damals noch nicht preußischen Diözesen einrechnen, mit etwa anderthalb Millionen heutiger Währung geschehen. Diese anderthalb Millionen sind jetzt der inzwischen veränderten Valuta und der Vermehrung der Bistümer angeglichen und auf 2 800 000 Mark erhöht worden. Weitere finanzielle Bestimmungen enthält, wie bereits gestern von uns betont wurde, das Konkordat keine.

Läßt man den Wortlaut des Vertragstextes auf sich wirken, so drängen sich zwei Erwägungen auf. Zunächst einmal können wir es uns nicht anders denken, als daß das Konkordat nach allen Seiten sehr beruhigend wirken wird. Von irgend welcher Gefährdung deutschen Kulturgutes finden wir in ihm auch nicht eine Spur. Ebenso können wir in ihm nicht die geringste Antastung der Rechte oder Interessen von Nichtkatholiken entdecken. In diesem Zusammenhang mag nochmals darauf hingewiesen sein, daß das Konkordat keine Schulbestimmungen enthält. Der Umstand, daß der vor 100 Jahren getätigte Vertrag Preußens mit dem Hl. Stuhl den Rahmen auch der neuen Uebereinkunft abgeben sollte, und die Ver-

hältnisse im Lande, in dem die Katholiken die Minderheit bilden, erklären es, warum Schulbestimmungen in diesem Vertrag keinen Platz gefunden haben. Es braucht aber nicht eigens gesagt zu werden, daß darin keineswegs ein Verzicht der Kirche auf ihre Rechte an der Schule liegt. Die Kirche wird den Kampf um die katholische Jugend in Preußen, wenn auch nicht im Konkordat, mit der Ueberzeugung und dem Mute auskämpfen, aus denen heraus Pius XI. vor wenigen Wochen erklärt hat, wenn es um die Seelen der Jugendlichen gehe, werde er nötigenfalls sogar mit dem Teufel verhandeln. Aber richtig bleibt, daß ein Angriff auf das Konkordat vonseiten der Schulfrage vollkommen ungerechtfertigt wäre.

Die zweite Erwägung: Das Konkordat atmet fühlbar den Geist der neuen kirchenpolitischen Epoche. Die Zeiten des alten Staatskirchentums sind vorüber. Der sprechendste Ausdruck dafür ist die Neuregelung der Bischofswahl. (Auf eine Berichtigung unserer gestrigen Ausführungen darüber, die wir der Veröffentlichung des Wortlauts des Vertrages voranstellen, sei auch an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen.) Es kann heute in Deutschland niemand mehr Bischof werden, den das Oberhaupt der Kirche nicht ausdrücklich als Bischof will. Das ist der Kernpunkt der neuen Regelung. Alle jene, die wissen, wie die Dinge in der alten Zeit gelegen haben, werden das Neue voll zu würdigen verstehen. Andererseits sind gute Sicherungen für ein harmonisches Zusammenarbeiten von Kirche und Staat geschaffen. Es ist dafür gesorgt, daß der katholische Bischof und Priester in Deutschland mit der Kultur und dem Volksempfinden seiner Heimat aufs engste vertraut bleibt. In dieser Beziehung gewährt das Konkordat vieles, worauf der Staat nach Art. 137 der Reichsverfassung aus sich keinen Anspruch hätte. Wir glauben aber, daß diese Zugeständnisse dem Staate nützen, ohne der Kirche zu schaden. Die Freiheit der Kirche im Entscheidenden wahrt der Vertrag vollkommen.

Konkordate sind Gleise an das religiöse Leben, Wegebereiter für den religiösen Aufbau. Nicht mehr. Sie wollen Rechtssicherheit für das kirchliche Leben bieten, eine Basis für dessen ruhige und friedliche Entwicklung legen. Das Leben, die Entwicklung selbst muß die Kirche, müssen die Katholiken Preußens aus sich heraus schaffen. So wollen wir das neue Konkordat auffassen: als Möglichkeit, um unsere religiöse Aufgabe, die Diesseits und Jenseits unter den höchsten Gesichtspunkten zusammenfaßt, in uns und unserem Volke vollkommen zu erfüllen.

Die Reichsregierung gegen Erhöhung der Reichsbahntarife.

Verkehrsfragen im Reichstag.

+ **Berlin, 14. Juni.**

Auf der Tagesordnung des Reichstags stand die zweite Beratung des Verkehrsetats. Der Ausschuß verlangt in Entschließungen die Unterbringung von Kindertransporten in D-Zugswagen, eine Uebersicht über die Auftragsvergebungen der Reichsbahn und die Einstellung aller Zahlungen an den Nürburgring.

Reichsverkehrsminister Stegerwald: Heute nachmittag werden Besprechungen mit dem Präsidenten Schacht über das Pariser Konferenzergebnis stattfinden. Erst nach ihrem Abschluß werden wir genau übersehen können, wie sich die Verhältnisse bei der Reichsbahn gestalten werden.

Das öffentliche Verkehrswesen in Deutschland ist ein Spiegelbild des Leerlaufes,

den wir in unserem allgemeinen Wirtschaftsleben finden. Gegenwärtig arbeiten neben- und teilweise gegeneinander Reichsbahn, Reichspost, Wasserstraßen, Kraftwagenverkehr, Luftverkehr, Schnellbahnen, Gaswerke, Elektrizität über Landzentralen. Das vollzieht sich in den verschiedensten Betriebsformen, Reichsbetrieb, Staatsbetrieb, Kommunalbetrieb, gemischtwirtschaftlichem und Privatbetrieb. So kann es auf die Dauer nicht weiter gehen.

Wir müssen hinarbeiten auf größere Einheitlichkeit,

mindestens auf ein besseres Zusammenwirken der verschiedenen Zweige des Verkehrswesens. Die Reichsbahn war in den letzten Jahren in wenig glücklicher Lage. Die auf ihr ruhenden schweren Geldlasten hinderten den wünschenswerten technischen Ausbau und auch die notwendigen Maßnahmen zur weiteren Förderung der Betriebssicherheit.

Einer Tariferhöhung steht die Reichsregierung in der gegenwärtigen Stunde ablehnend gegenüber.

(Beifall.) Erst muß abgewartet werden, was im einzelnen aus dem Tarif herausgeholt wird. Für den Fall, daß die Pariser Vorschläge Wirklichkeit werden, wird der Ausgleichsbetrag von 500 Millionen für die Reichsbahn frei werden. Die weitere Entwicklung hängt ab von der Möglichkeit, Anleihen zu bekommen. Solche Anleihen würden in erster Linie dazu dienen, die in Angriff genommenen Betriebsbauten zu vollenden. An den Bau neuer Bahnen aus eigenen Mitteln konnte bisher nicht herangetreten werden. Bei dem

weiteren Ausbau der elektrischen Vollbahnen

werden wir vor allem die volle Ausnutzung der bayerischen Wasserkräfte versuchen müssen. Der

Ausbau unserer Wasserstraßen

wird erschwert durch den Geldmangel. In erster Linie müssen die begonnenen Bauten vollendet werden. Als einheitliches Werk betrachten wir den Mittellandkanal, den Rhein-, Main-, Donaukanal, die Neckarkanalisation und die Regulierung der Oder. Hierbei darf nicht ein Wirtschaftsgebiet auf Kosten der anderen bevorzugt werden. Für die Regulierung des Oberrheins haben wir mit der Schweiz bereits eine Verständigung erzielt. Da Frankreich seine Mitwirkung zugesagt hat, wird schon im nächsten Jahre mit den Arbeiten begonnen werden können.

Der Ausbau des Dortmund-Emskanals

ist vielleicht rein wirtschaftspolitisch im Augenblick nicht geboten, aber es fragt sich, ob wir solche Gesichtspunkte allein ausschlaggebend sein lassen wollen. Die Entwicklung unserer Seehäfen zwingt uns zum Ausbau der Seezufahrtstraßen. Ueber eine Erweiterung der Seewarte schweben Verhandlungen. Mir ist es nicht eingefallen, im Zusammenhang mit den Abstrichen an den Mitteln für die

Luftfahrt

zu polemisieren. Es ist aber richtig, daß bei uns die Berichte des Rechnungshofes erst nach einigen Jahren fertig sind im Gegensatz zu Amerika. In anderen Staaten wird die Fortentwicklung des Luftverkehrs aus dem Heeresetat finanziert. Das ist uns verboten. Wir sind zu Reichszuschüssen genötigt, weil niemand aus Privatmitteln so kostspielige Experimente machen wird. Wir werden uns weiter bemühen, mit möglichst geringen Mitteln das denkbar Größte zu erreichen. Im Kraftverkehrswesen hat sich eine gewaltige Steigerung entwickelt.

Heute entfällt auf jeden 60. Deutschen ein Kraftwagen.

Ich habe den Ländern eine Vorlage zum Ausbau des Straßennetzes und zur Anpassung an diese Entwicklung eingereicht. Der deutschen Verkehrspolitik stehen in den nächsten Jahren große Aufgaben bevor. Ich hoffe, schon in den nächsten Monaten ein Programm für die allernächsten konkreten Angelegenheiten vorlegen zu können.

Abg. Hünlich (Soz.) betonte, dem Reichsverkehrsminister fehle der entscheidende Einfluß auf das wichtigste Verkehrsunternehmen, die Reichsbahn. Eine Tariferhöhung bei der Reichsbahn lehne die Sozialdemokratie entschieden ab. In der Luftfahrt bestehe noch ein heilloses Durcheinander der Kompetenzen. Eine gewisse Reichshilfe für die Fortentwicklung des Luftverkehrs sei selbstverständlich, aber sie müsse sich in dem Rahmen halten, der dem Reich durch seine Finanzlage gezogen ist.

Abg. Groß (Z.) führte aus, die Pariser Beschlüsse würden das Reichsverkehrsministerium vor wichtige und schwierige Aufgaben stellen.

Am besten wäre es, wenn die Reichsbahn dem Verkehrsminister wieder unterstellt würde.

Im Luftverkehr werde es zunächst nicht ohne Reichshilfe gehen. Der Verkehr müsse sich aber auf wenige große Linien beschränken und es müsse der Unfug aufhören, daß jede kleine Stadt sich einen kostspieligen Flugplatz zulegt.

Abg. Dr. Quaatz (Dntl.) meint, die Hoffnungen der Eisenbahner auf eine für sie günstige Wirkung der Internationalisierung der Reichsbahn seien vollständig enttäuscht worden. Ebenso unberechtigt seien die Hoffnungen, die die Eisenbahner jetzt an das Ergebnis der Pariser Verhandlung knüpfen. Der finanzielle Druck auf die Reichsbahn sei in keiner Weise erleichtert worden. Die Entente hinterläßt uns ein finanziell ruiniertes Unternehmen, wenn auch die Leitung und Führung dank deutscher Tüchtigkeit ausgezeichnet ist. Der Plan einer Tariferhöhung muß uns mit Schrecken erfüllen, denn es ist nicht wahr, daß unsere Tarife niedriger sind als die des Auslandes.

Abg. Dr. Hugo (D. Vpt.) bedauerte, daß die Reichsbahn den Bedürfnissen der Wirtschaft so wenig Rechnung tragen kann. Wir brauchen ein Programm für die Wasserstraßenpolitik in den nächsten zehn Jahren.

Die wichtige deutsche Lokomotiven-Industrie muß völlig zum Erliegen kommen,

wenn ihr nicht wenigstens ein Minimum an Aufträgen erteilt wird. Der wachsenden Bedeutung des Kraftwagenverkehrs muß im Straßenbau Rechnung getragen werden.

Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald erklärte, es sei angesichts der Finanzlage unmöglich, alle die Luftverkehrslinien zu konzessionieren, die beantragt sind. Ueber diese Fragen werde demnächst eine Besprechung stattfinden. Wenn aus der Frage der geplanten Tariferhöhung ein Gegensatz zwischen Reichsbahnverwaltung und Reichsregierung entsteht, dann wird das im Reichsbahngesetz vorgesehene Schiedsgericht zu entscheiden haben.

Ueber die Frage der neuen Rheinbrücken schweben noch die Verhandlungen mit der Botschafterkonferenz.

Die Durchführung der Bahnbauten im besetzten Gebiet aus Reichsmitteln ist davon abhängig, welche Erleichterungen die Reichsbahn aus den Pariser Beschlüssen erhält.

Abg. Mollath (W. P.) fordert die Unterstellung der Reichsbahn unter das Reichsverkehrsministerium, nach der in Paris beschlossenen Aenderung der Reparationsbedingungen. Die Wirtschaft könne weitere Eisenbahn-Tariferhöhungen nicht ertragen. Die Bahnhöfe dürften nicht länger zu Warenhäusern gemacht werden, die den Beschränkungen der Verkaufszeit nicht unterliegen. Es ist nicht zu rechtfertigen, daß das Reich 80 Prozent der Kosten dafür bezahlt, wenn ein reicher Mann ein paar Stunden früher als mit der Eisenbahn im Seebad sein will.

Nach weiterer Diskussion, in der Abg. Giesberts (Z.) den Ausschußantrag über die Aufrechterhaltung eines gewissen Normalmaßes von Aufträgen für die Lokomotivindustrie empfahl u. Staatssekretär Gutbrodt mitteilte, daß Verhandlungen mit der Reichsbahn eingeleitet seien, wurde die Aussprache geschlossen. Die Abstimmungen werden auf Montag vertagt.

Der von den Regierungsparteien eingebrachte Gesetzentwurf über die Aenderung der Lex Brüning, wonach das 1300 Millionen Mark übersteigende Aufkommen aus der Lohnsteuer nicht zur weiteren Senkung dieser Steuer, sondern für soziale Zwecke verwendet wird, wurde an den Steuerausschuß verwiesen. Das Haus vertagte sich nach achteinhalbstündiger Sitzung auf Sonnabend 10 Uhr. Haushalt des Reichswehrministeriums.

Der Giftmordprozeß Dr. Richter.

Ein Zeuge der Mordnacht.

Bonn, 14. Juni. Der dritte Verhandlungstag im Prozeß Dr. Richter begann mit der Zeugenvernehmung zum zweiten Teil der Anklage der Mordangelegenheit. Der erste Zeuge Neuking kennt den Angeklagten schon seit 1919 und schildert ihn als offenen, netten und liebenswürdigen Menschen, dem er nichts nachsagen könne. Auch auf den nächsten Zeugen, den Chemiker König, der Dr. Richter 8 bis 9 Jahre kennt, hat der Angeklagte stets einen vorzüglichen Eindruck gemacht. Die Schwester der Verstorbenen, Frau Lommerzheim, hat an dem Unglücksabend nach 9 Uhr ihre Schwester aufgesucht, die freundlich und guten Muts gewesen sei. Sie habe ihr erzählt, daß Dr. Richter zu Besuch gekommen sei. Der Zeuge Barth, der seit 1927 bei der Mutter der Verstorbenen wohnt, war an dem kritischen Tage abends nach dem Theater gegen ½11 Uhr nach Hause gekommen. Frau Mertens habe ihn gebeten, nicht in die Küche zu gehen, da sie Besuch habe. Sie sei sehr gut aufgelegt gewesen. Nach dem Abendessen sei er gegen 11¼ Uhr fortgegangen und bis gegen 1 Uhr weggeblieben. Er habe sich bei seiner Rückkehr über die Unordnung in der Küche zwar gewundert, sich aber dann schlafen gelegt. Die Zeugin Frau Josef Müller hatte an dem betreffenden Abend, ehe sie ins Theater ging, ihr Kind, das mit dem der Frau Mertens gleichaltrig ist, zu Frau Mertens gebracht und holte es nach 11 Uhr ab. Frau Mertens sei in einer sehr glücklichen Stimmung gewesen und habe gesagt: Dr. Richter ist jetzt zu Besuch bei mir. Mein Herzallerliebster ist in der letzten Zeit ganz verändert. Ich habe zwar Dr. Richter in Königswinter treffen wollen, habe ihn aber schriftlich gebeten, nach Bonn zu kommen, da meine Mutter verreist ist. Der Zeugin habe Frau Mertens noch in der Haustüre gesagt: Auf Wiedersehen bis morgen. Zeuge Student Stillger wohnte in der Unglücksnacht in der Etage über Frau Mertens. Kurz nachdem er sich gegen 12 Uhr schlafen gelegt hatte, sei er

durch einen furchtbaren Notschrei geweckt

worden. Ein weiteres derartiges Schreien sei nach einigen Minuten erfolgt. Beim letzten Schrei habe er sich angezogen und etwa eine Viertelstunde an der Türe gestanden. Er habe dort das Umfallen von Stühlen und Tischen sowie das Klirren von Porzellan gehört. Auch sei es innerhalb des Mertensschen Flures recht laut gewesen. Er habe ferner gehört, wie Frau Mertens ihrem Kinde zugerufen habe: „Liselotte, komm doch zur Mutter,

Mutter muß sterben!"

Er habe weiter gehört, wie Frau Mertens verschiedentlich versucht habe, die Korridortür zu öffnen, sie sei aber immer wieder zugeschlagen worden. Auch habe er Frau Mertens mehrere Male rufen hören: „Laß mich hinunter, ich will doch nur zum Klosett." Später sei dann Frau Mertens mit dem Herrn fortgegangen und habe sich dabei am Geländer festgehalten. Der Angeklagte sagt hierzu, er habe die Tür nur deshalb zugeschlagen, um Frau Mertens zu überreden, sich wenigstens vor ihrem Fortgehen einen Mantel umzuhängen. Die weiteren drei Zeugen Dr. Thielemann, Dr. Eder (Brühl) und Dr. Vaessen (Euskirchen), stellen dem Angeklagten als Mensch, Kollegen und Arzt das allerbeste Zeugnis aus. Sie halten alle drei den Angeklagten der Tat nicht für fähig. Die in dem Mertensschen Hause wohnende Zeugin Frau Banting sagt im ähnlichen Sinne wie der Student Stillger aus. Sie habe von ihrem Fenster aus später auch beobachtet, daß Frau Mertens nach der gegenüberliegenden Polizeiwache habe gehen wollen. Dr. Richter habe sie aber mehrere Male am Arm zurückgerissen.

Der nächste Zeuge ist der Polizeiwachtmeister Forster, der in der Mordnacht auf dem der Wohnung der Frau Mertens benachbarten Wilhelmsplatz Dienst hatte. Er bekundet, daß kurz nach Mitternacht eine Frau mit roten Pantoffeln, Mantel und herabhängenden Strümpfen in Begleitung von Dr. Richter von der Breitenstraße aus auf ihn zugekommen sei. Die Dame (Frau Mertens) habe gesagt: Da steht ein Wachtmeister, der kann mir doch helfen. Frau Mertens sei ihm unbekannt gewesen, den sie begleitenden Dr. Richter habe er von der Klinik her gekannt. Der Angeklagte habe auf eine Frage, was los sei, geantwortet: „Diese Frau meint, ich hätte sie vergiftet, ich will sie zur Klinik bringen und ihr einen Einlauf machen lassen." Dem inzwischen hinzukommenden Wachtmeister Mertens, der mit Frau Mertens aber nicht verwandt ist, ist von Frau Mertens zugerufen worden:

„Helfen Sie mir doch, Herr Wachtmeister, ich bin verloren!"

Er habe dann den Rat gegeben, in einem auf dem Wilhelmsplatz stehenden Wagen nach der Klinik zu fahren. Dr. Richter habe sich hierzu bereit erklärt. Einer der Hauptbelastungszeugen ist der nunmehr vernommene Polizeiwachtmeister Mertens. Er sagt aus: Der diensttuende Arzt Dr. Jakobi habe Frau Mertens untersucht, dann aber erklärt, daß er nichts an ihr finden könne. Man habe Frau Mertens nach einigem Zureden einen Einlauf gemacht, sie sei darauf etwas ruhiger geworden. Später sei sie aber wieder aus dem Bett gesprungen und habe auf Befragen erklärt, Dr. Richter habe bei der Untersuchung in ihrer Wohnung weißes Pulver auf einen Fingerlauf gesteckt und es ihr eingeführt. Hierauf habe es in ihrem Körper fürchterlich zu brennen angefangen. Er (Mertens) habe später die Personalien von Frau Mertens aufgenommen. Hierauf sei Frau Mertens von der medizinischen in die Nervenklinik gebracht worden und von dort umgehend in die Provinzialheil- und -Pflegeanstalt. Dort sei Frau Mertens inzwischen schon stiller geworden und habe nur noch gestöhnt. Der diensttuende Arzt Dr. Störring habe sie als hysterisch bezeichnet und ihre Ueberführung in die innere Station angeordnet. Als die Sanitäter von dort zurückkamen, hätten sie gesagt, Frau Mertens liege schon im Sterben. Er sei dann zur Wache zurückgegangen, wo sich einige Zeit später Dr. Richter eingefunden und den Tod der Frau Mertens gemeldet habe. Er habe in dieser Zeit bestimmt gesehen, daß Dr. Richter

aus seiner rechten Westentasche mit zwei Fingern einen Gegenstand im Umfange einer halben Zigarette genommen und durch die Schiebetür des im Wachlokal befindlichen Ofens ins Feuer geworfen habe.

Der Angeklagte erklärt demgegenüber, es habe sich hierbei nicht um ein Medikamentenröhrchen, sondern um ein zusammengeknäultes nasses Taschentuch gehandelt. Es wird ihm vorgehalten, daß man ein nasses Taschentuch doch nicht in der Westentasche trage. Der Angeklagte meint darauf, der Wachtmeister müsse sich auch in dieser Beziehung irren; er habe das Taschentuch in der Hand gehabt. Der Zeuge Wachtmeister Mertens bestreitet dies auf das entschiedenste. Nach der Vernehmung des Polizeiwachtmeisters Mertens wird die Sitzung bis 15 Uhr unterbrochen.

★

Der Angeklagte gesteht einen Meineid ein.

+ **Bonn, 14. Juni.** **Der Prozeß gegen Dr. Richter nahm am Nachmittag eine überraschende Wendung. Nach der Pause gab Rechtsanwalt Dietrich II, der Verteidiger des Angeklagten, in dessen Auftrag die Erklärung ab, daß er nach einer Rücksprache mit seinem Verteidiger nunmehr eingestehe, im November 1925 in dem Ehescheidungsprozeß der Frau Mertens wissentlich einen Meineid geleistet zu haben. Diese Erklärung wurde mit großer Bewegung im Gerichtssaal aufgenommen. Der Angeklagte machte einen niedergeschlagenen Eindruck. Die Aussichten für einen Freispruch in der Mordangelegenheit sind durch dieses Eingeständnis stark vermindert.**

Der Transozeanflug des „Gelben Vogels".

— **Newyork, 14. Juni.** Der Radio-Funk-Corporation ist von dem Dampfer „American Farmer" heute nacht 1,50 Uhr ein Funkspruch zugegangen, wonach dieser Dampfer das Flugzeug „Gelber Vogel" kurz nach Mitternacht mit der Funkstation Rochambeau und dem englischen Schiff „Laconia" sprechen hörte. Die Funkstation Rachambeau berichtet, der „Gelbe Vogel" habe seinen Kurs geändert und Richtung auf die Azoren und portugiesische Küste genommen. Die Kursänderung sei wegen des starken Verbrauchs von Gasolin erfolgt.

— **Paris, 14. Juni.** Das Mittagsblatt „Paris Midi" verzeichnet eine drahtlose Meldung des Dampfers „Whiteville", der das Flugzeug gesichtet hatte. Nach dieser Meldung hat das Flugzeug zur Zeit seiner Sichtung durch den Dampfer „Whiteville" 2100 Klm. mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 160 Klm. in der Stunde zurückgelegt. Die offizielle französische Wetterwarte gibt bekannt, daß die französischen Flieger nur während der ersten 1800 bis 2000 Klm. gutes Wetter gehabt haben dürften. Sie würden alsdann in ein fast 100 Klm. breites Tiefdruckgebiet geraten, mit sehr heftigen Nordwestwinden (80—90 Klm. in der Stunde) zu kämpfen und unter Regen und diesigem Wetter zu leiden haben.

:: **Newyork, 14. Juni.** Der französische Dampfer „Niagara" meldete etwa 350 Meilen nordöstlich von den Azoren, er habe um 6 Uhr abends ostamerikanischer Normalzeit mit dem „Gelben Vogel" gesprochen. Das Flugzeug habe gemeldet, daß an Bord alles wohl sei.

Ein blinder Passagier.

☩ **Newyork, 14. Juni.** Nach einer Meldung der Associated Preß aus Portland (Maine) vermuten die Eltern eines 22jährigen jungen Mannes namens Artur Scheiber, der nach dem Start des Gelben Vogel dem Elternhaus ferngeblieben ist, daß ihr Sohn sich als blinder Passagier auf dem Flugzeug befindet. Er hatte mit einem Freunde verabredet, wer von beiden als blinder Passagier an Bord des Flugzeugs gehen solle. Drei Stunden nach dem Abflug erhielten die Eltern durch den Freund die Mitteilung, daß Artur mitzufliegen versuchen werde.

Der Gasolinverbrauch.

◆ **Newyork, 14. Juni.** In hiesigen Fliegerkreisen wird der starke Gasolinverbrauch des Flugzeuges „Gelber Vogel", der es zu einer Kursänderung veranlaßte, darauf zurückgeführt, daß das Gewicht eines blinden Passagiers, der sich nach einem zuverlässigen Bericht an Bord des Flugzeuges befinden soll, alle Berechnungen über den Gasolinverbrauch zunichte gemacht haben könnte.

Landet er in Portugal?

◇ **Newyork, 14. Juni.** Aus Paris erhielt die Internationale Telefon- und Telegraphencompagnie eine Nachricht, derzufolge der „Gelbe Vogel" sich 200 Meilen entfernt von der portugiesischen Küste befinde und beabsichtige, in Portugal zu landen, um den Brennstoff zu ergänzen.

Stinnes über seine Verhaftung.

Die zurückgezogene Aussage.

Berlin, 14. Juni. In der heutigen Sitzung im Stinnes-Prozeß wird die Vernehmung des Angeklagten Stinnes fortgesetzt. Er kommt auf seine Verhaftung zu sprechen und führt aus: Ich war damals in England und kam sofort herüber. Ahnungslos betrat ich das Gerichtsgebäude, nachdem ich vom Untersuchungsrichter vorgeladen worden war. Ich mußte auf dem Korridor warten. Da trat der Reichskommissar Heinzmann an mich heran und ersuchte mich um eine Unterredung unter vier Augen. Es liege erdrückendes Material gegen mich vor, und ich würde

dieses Haus heute nicht mehr verlassen.

Er gab mir den Rat, ein Geständnis abzulegen. Wenn ich nicht geständig wäre, so würde die Behörde in meiner Firma das Unterste zu oberst kehren und ganz rücksichtslos gegen mich, gegen das Erbe meines Vaters und gegen mein ganzes Haus vorgehen. Uebrigens, so fügte Herr Heinzmann mit einer gewissen Einlenkung hinzu, sei der Regierung das offizielle scharfe Vorgehen gegen den Inhaber der Firma Stinnes, also gegen mich, sehr unsympathisch. Sie befürchte daraus

eine Schädigung des deutschen Kredites namentlich im Auslande.

Man würde gern die Sache unter den Tisch fallen lassen. Aber zu diesem Zweck müsse Stinnes ein offenes Bekenntnis ablegen. Bei meiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter wurde mir dann gesagt, daß Waldow schon schwer belastende Angaben gegen mich gemacht habe, worauf ich bat, mich doch Herrn v. Waldow gegenüberzustellen. Ich konnte zur Sache nicht viel sagen, da ich ja über das ganze Geschäft in seinen Einzelheiten nicht informiert wurde. Ich hatte damals, so fährt Stinnes mit erhobener Stimme fort,

meiner Mutter gegenüber, ferner meiner Firma und und meinen Arbeitern gegenüber ein schlechtes Gewissen,

denn ich mußte mir sagen, daß ich mich unvorsichtigerweise in ein Geschäft eingelassen hatte, das ich zwar damals für einwandfrei hielt, bei dem ich aber doch eine gewisse Unachtsamkeit begangen hatte. Ich fühlte mich gedrungen, mich in die Bresche zu werfen und mein Haus von der Sache freizuhalten. Unter diesem Eindruck kam dann am Schlusse einer achtstündigen Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter jene belastende Aussage gegen mich selbst zustande, die ich später zurückgezogen habe. Vorsitzender: Weshalb haben Sie diese Aussage nachher zurückgezogen, und wie kamen Sie überhaupt auf diesen Gedanken? Angeklagter Stinnes: Ich besprach mich natürlich nachher mit meinen Rechtsanwälten, und diese erklärten mir:

Was haben Sie denn bloß für einen Unsinn begangen,

daß Sie eine solche unwahre Aussage machen konnten? Das veranlaßt mich hierauf, meine unzutreffende Aussage vor dem Untersuchungsrichter zurückzunehmen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er die falsche Aussage mit vollem Bewußtsein gemacht habe, erklärte der Angeklagte: Jawahl, vollkommen bewußt. Zu meinem Verteidiger Rechtsanwalt Hoek sagte ich gleich nach meiner Vernehmung: Herr Hoek,

ich habe eben eine falsche Aussage gemacht

(Rechtsanwalt Hoek nickt zustimmend). Auf die weitere Frage des Vorsitzenden, was ihn bewogen habe, diese falsche Aussage zurückzunehmen, erklärte der Angeklagte, dies seien die Vorstellungen seiner Anwälte, die ihm vorgeworfen hätten, einem Bauernfang zum Opfer gefallen zu sein. Ueberdies habe er gesehen, daß er sein Ziel, Familie und Firma vor Weiterungen zu bewahren, nicht erreicht habe. Nach weiterem Verhör des Angeklagten Stinnes, das keine neuen Momente mehr ergibt, ist seine Vernehmung vorläufig beendet.

Staatsanwaltschaftsrat Berliner, dem seit der heutigen Verhandlung wegen der umfangreichen Materie des Prozesses, der Oberstaatsanwalt Sturm zur Seite steht, stellt dann u. a. noch die Fragen an den Angeklagten v. Waldow, ob der Angeklagte v. Waldow von Stinnes einen Betrag in Höhe von 2000 RM. zu dem ausdrücklichen Zweck erhalten habe, das Geld an die Amsterdamer Bankiers zu zahlen, die die falschen Unterlagen beschafft hatten. Der Angeklagte v. Waldow bestreitet entgegen einer früheren Aussage, von Stinnes irgendeine Anweisung zur Verwendung dieser 2000 RM erhalten zu haben. Damit ist die Vernehmung des Angeklagten von Waldow abgeschlossen.

Letzte Meldungen.

Die Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau.

◆ **Essen, 14. Juni.** Die Schlichtungsverhandlungen für die Bergarbeiter des Ruhrbezirks beginnen auf Einladung des Schlichters am Montag, dem 17. Juni, vormittags 10 Uhr beim Zechenverband in Essen.

100 000 Mark-Gewinn der Klassenlotterie für Berlin.

:•: **Berlin, 14. Juni.** Bei der heute beginnenden Ziehung zur dritten Klasse der preußisch-süddeutschen Klassenlotterie fiel, wie die B. Z. meldet, als allererster Gewinn, der Hauptgewinn von 100 000 Mark, auf das Los Nummer 255 406, das in allen Abteilungen in Berlin gespielt wird.

Explosion im Trockendock von Brooklyn.

□ **Newyork, 14. Juni.** Im Trockendock von Brooklyn sind durch eine Explosion drei Personen getötet, zwei schwer und fünf leichter verletzt worden. Die Explosion erfolgte bei Abkratzen des Petroleumdampfers „Glyspenn" und dürfte durch eine schadhafte Preßluftleitung verursacht worden sein.

Aus der Heimat.

Platzkonzert.

Bocholt, 15. Juni. Die Kapelle der städtischen freiwilligen Feuerwehr unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Scholz veranstaltet am Sonntag, den 16. Juni, 11,30 Uhr beginnend, auf dem Marktplatz ein Platzkonzert mit nachfolgender Programmfolge: 1. „Allein Gott in der Höh sei Ehr allein", Choral. 2. „Der Zauber von Rom", Ouvertüre von Ebel. 3. „Erzherzog-Albrecht-Marsch", von Komzak. 4. „Mein Traum", Walzer von Waldteufel. 5. „Die Post im Walde" von Schäffer. Solist Schüler Theo Grintz. (Wiederholung auf allgemeinen Wunsch). 6. Soldatenlieder-Potpourri, von Seidenglanz. 7. „Freiweg", Marsch von Latann.

Vertretertagung des Windthorstbundes
des Gauverbandes Recklinghausen.

Bocholt, 15. Juni. Am Sonntag, den 30. Juni, findet in der alten historischen Lippestadt Dorsten der diesjährige Vertretertag der Windthorstbunde des Gauverbandes Recklinghausen statt. Die Verhandlungen beginnen vormittags 10 Uhr in der Eintracht, Alleestraße. — Die Tagesordnung sieht folgende Beratungspunkte vor: 1. Die Reichstagung der Deutschen Windthorstbunde in Osnabrück. Berichterstatter: Joh. Zurhausen-Bottrop. 2. Ausbau und Aufbau der Windthorstbundbewegung im Gauverband Recklinghausen. Zu dieser Versammlung werden die Mitglieder der einzelnen Bunde recht herzlichst und dringend eingeladen. Ferner werden alle politisch interessierten Mitglieder aus den katholischen Jugendvereinen (Jungmännerverein, Gesellenverein, Werkjugend usw.) erwartet. Das Bemerkenswerte an der letzten Reichstagung in Osnabrück war der ausgesprochene Wille der Zusammenarbeit der Windthorstbunde mit den katholischen Jugendvereinen. Diesen Willen gilt es nun überall in den einzelnen Bezirken zu verwirklichen. Mögen darum die katholischen Jungmänner recht zahlreich nach Dorsten kommen. Auch die älteren Parteifreunde, insbesondere diejenigen, die in der praktischen Parteiarbeit stehen, werden um ihre Teilnahme gebeten.

Namenstagsfeier im Kreuzbund.

Bocholt, 15. Juni. Die Namenstagsfeier des Herrn Präses ist am morgigen Sonntag, den 16. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Saale des Arbeiterinnen-Hospizes, Ostermarkt. Mit der Feier ist ein gemütliches Kaffeekränzchen verbunden. Wegen des beschränkten Raumes können Kinder unter 14 Jahren keinen Einlaß finden. Nur Mitglieder und deren näheren Familienangehörigen haben Zutritt. (Siehe Anzeige.)

Abgabe der Steuererklärung über den Gewerbeertrag für das Steuerjahr 1929.

Bocholt, 15. Juni. Die Steuerpflichtigen werden hiermit nochmals auf die Pflicht zur Abgabe der Gewerbesteuererklärung hingewiesen. Im eigenen Interesse werden alle ersucht, den gesetzten Termin (15. Juni) innezuhalten, damit die Veranlagungsarbeiten ordnungsgemäß durchgeführt werden können.

Rehbockjagd.

Bocholt, 15. Juni. Die Jagdschutzgenossenschaft des Kreises Borken gibt im heutigen Anzeigenteil die Termine für die Rehbockjagd in den Eigenjagden und Gemeindejagden im Amtsgerichtsbezirk Bocholt bekannt.

h. **Suderwick**, 15. Juni. **Schützenfest.** Bei schönster Witterung konnte der hiesige Schützenverein am Sonntag und Montag sein Sommerfest feiern. Unter guter Beteiligung fand am Sonntag das Festschießen statt. Nach hartem Kampf wurde Herrn H. Sander der beste Schuß zuerkannt. Abends fanden sich die Schützen mit ihren Angehörigen und einer stattlichen Anzahl von Gästen im Saale Terstegge-Hövener ein, wo man bei Tanz und Frohsinn noch einige Stunden zusammenblieb. Der eigentliche Festtag begann mit Böllerschüssen. Gegen 8 Uhr traten die Schützen an. Nachdem man den letzten König eingeholt hatte, zog der Verein mit flotter Marschmusik zur Vogelstange. Den Königsschuß tat Herr B. Essing. Königin wurde Frau L. Weitkamp. Der Hofstaat setzte sich weiter zusammen aus den Damen: Frau B. Essing, Frau G. Eller, Frau Johann Kock und den Herren: L. Weitkamp, Johann Kock und G. Eller. Nach dem üblichen Umzug durchs Dorf am Nachmittag wurde der Festsaal aufgesucht. Da an diesem Abend Fremde keinen Zutritt hatten, verliefen die folgenden Stunden besonders angenehm. Der Verein blickt nun auf ein zehnjähriges Bestehen zurück. Dank der vorzüglichen Leitung durch den Vorstand ist die Zahl der Mitglieder ständig im Wachsen begriffen. Von dem guten Chorgeist zeugt die Tatsache, daß der Verein für das Kriegerdenkmal zwei Bänke stiftete, die in den Anlagen Aufstellung fanden.

f. **Anholt**, 15. Juni. **Versammlung des katholischen Arbeitervereins.** Am morgigen Sonntag, den 16. Juni, hält der katholische Arbeiterverein abends um 7.30 Uhr im oberen Saale Drecker eine Mitgliederversammlung ab. Der zweite Sekretär des Bezirks, Herr Arbeitersekretär Heinrich Ploone, wird ein Referat halten über das Thema: „Weltanschauliches und Klassenmäßiges in der Arbeiterbewegung". Dieses Thema ist der Diskutierstoff auf fast allen größeren Tagungen und Delegiertentagen der katholischen Arbeitervereine gewesen, sodaß es augenblicklich sehr akut ist. Es läßt sich hierzu manches Interessante sagen und auch in der Diskussion dieses Themas werden manche Gesichtspunkte beleuchtet werden können, sodaß sich ein Besuch der Versammlung für jeden, der sich mit diesem ganzen Fragenkomplex befaßt hat oder befassen will, sehr lohnend und anregend ist. Da außerdem noch einige andere interne und wichtige Punkte zu besprechen sind, wird eine rege Teilnahme der Mitglieder an der Versammlung erwartet.

f. **Anholt**, 15. Juni. **Ausflug.** Der morgige Sonntag ist für die Anholter Jugend ein großer Ausflugtag, der einen großen Teil von ihr aus Anholt herausführen wird. Und zwar hat man sich das schöne Cleve zum Ziele gesetzt. Als erster ist es der katholische Jungfrauenverein, der am Sonntag eine Fahrt nach Cleve machen will. Morgens gegen 7 Uhr gehts los per Bahn bis Emmerich. Dort will man sich dem Rücken des Vater Rhein anvertrauen und dann gehts weiter nach Kleve, wo sich dem schönheitsdurstigen Auge manches bietet. Nachdem man alle Sehenswürdigkeiten Klevens genügend genossen hat, wird die Bahn die Ausflüglerinnen wieder in die Heimat zurückbringen.

Auch die Anholter Gesellen haben Kleve als Ziel einer Radtour ausersehen. Eigentliches Ziel ihrer Fahrt ist aber nicht Kleve, sondern Emmerich, wo im Gesellenhause eine Handwerkerausstellung ist. Hier hoffen die Gesellen manches Schöne zu sehen und manche Anregung mit nach Hause nehmen zu können. Von Emmerich aus soll dann, um den Tag rund zu bekommen ein Abstecher nach Kleve gemacht werden, wo diejenigen, die schon öfter da waren, alte liebgewordene Plätze wieder aufsuchen können und solche, die das schöne Kleve noch nicht kennen, dieses und seine herrliche Umgebung kennen lernen können. Hoffentlich ist der Wettergott den Ausflüglerinnen und Ausflüglern günstig gesinnt, sodaß diese wesentliche Voraussetzung für ein gutes Gelingen der Ausflüge gegeben ist.

Dingden, 15. Juni. **Die diesjährige ordentliche Generalversammlung des Dingdener Spar- und Darlehnskassenvereins e. G. m. u. H.** findet am Donnerstag, den 20. Juni, nachmittags 3.30 Uhr, im Metelingschen Saale statt. Außer der Vorlage der Jahresrechnung und Bilanz für 1928 und der Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrates wird über die Aenderung des Statuts beschlossen. Wir verweisen auf die Anzeige in der heutigen Ausgabe.

Rhede, 15. Juni. **Der Kriegerverein Rhede** hält am Sonntag, den 16. Juni, im Saale der Wirtschaft Rössing eine Versammlung ab. Im übrigen wird auf die Mitteilung im Anzeigenteil hingewiesen.

Vor 50 und 25 Jahren.

Lokale Erinnerungen aus dem „Bocholter Volksblatt".

w. **Bocholt**, 15. Juni.

Beim Nachschlagen und Lesen in den alten Bänden des „Bocholter Volksblattes" steigt die Erinnerung an vergangene Tage wieder recht lebendig vor unseren Augen auf. Wir glauben, unseren Lesern sicherlich einen Gefallen zu erweisen, wenn wir unsere „Entdeckungen" nicht für uns allein behalten, sondern bemerkenswerte Vorfälle auch unserer Lesergemeinde mitteilen. Um uns aber nicht allzusehr in den geschichtlichen Angaben zu zersplittern, wollen wir uns auf die Wiedergabe der Aufzeichnungen aus den Jahren 1879 und 1904 beschränken, und diese von jetzt ab regelmäßig wiederholen.

1879.

Freitag, den 14. Juni: Die Bocholter Fronleichnamsprozession wurde mit gewohnter Feierlichkeit gehalten. Unabsehbare Reihen der Teilnehmer aus allen Ständen der Gemeinde bewegten sich durch die schön geschmückten Straßen der Stadt. Die vier Altäre waren durch den Wetteifer der umwohnenden Nachbarschaften aufs Beste geziert.

Die Köln-Mindener Eisenbahn verstärkt auf allgemeinen Wunsch der Bevölkerung die Fahrgelegenheit nach Wesel auf drei Züge täglich.

Dienstag, den 17. Juni: Ein Buchbinder hatte an den Landkarten einer hiesigen Schule Ausbesserungen gemacht. Er berechnet dafür: „Europa im Norden ausgebessert 6 Sgr. 6 Pfg. — Deutschland zusammengeklebt 5 Sgr. — Frankreich durch frischen Leim gezogen 6 Pfg."

Heute morgen wurden im hiesigen Pastorat die Kirchenbücher nebst Kirchensiegel unter Protest beschlagnahmt. Infolge dessen erläßt Bürgermeister Degener durch Gassenruf folgende Bekanntmachung: „Nachdem die Kirchenbücher und Kirchensiegel der hiesigen erledigten katholischen Pfarrei an das Königl. Landratsamt Borken abgeliefert sind, werden gemäß Anordnung der Königl. Regierung Bescheinigungen aus den Kirchenbüchern von dem gedachten Kgl. Landratsamte ausgestellt."

Sonnabend, den 28. Juni: An der hiesigen Bürgerschule fand die schriftliche Prüfung der Abiturienten statt. Derselben unterzogen sich Hermann Ahlers, Bernard Degener, Alois Kersting, Max Liebreich und Moritz Weyl.

1904.

Mittwoch, den 1. Juni: Das „Bocholter Volksblatt" erhält zahlreiche Eingesandts gegen das Schleppentragen der Frauen.

Samstag, den 4. Juni: In der Bürgerschaft wird heftig darüber Klage geführt, daß Bocholt mit über 23 000 Einwohnern noch keine zentrale Wasserversorgung hat. Es wird schleunige Abhilfe verlangt.

Dienstag, den 7. Juni: Der Schüler Busch aus Südlohn bei Bocholt darf wegen seiner hervorragenden Zeugnisse den Kaiser auf einer Nordlandsreise begleiten.

Viel Aufsehen erregt der Komponist Otto Bechlin, der eine neue Nationalhymne geschaffen hat, „weil der Text der alten nicht mehr den Zeitverhältnissen entspricht".

Mittwoch, den 8. Juni: In der Stadtverordnetenversammlung wird die Anschaffung neuer Feuerlöschgerätschaften erörtert, ohne daß es zu einer Entscheidung kommt. Sowohl die Freiwillige Feuerwehr wie die Gesellenfeuerwehr müssen neue Geräte haben.

Freitag, den 10. Juni: Da das Interesse für den russisch-japanischen Krieg durch die Belagerung von Port Arthur ganz erheblich zunimmt, legt der Verlag des „Bocholter Volksblattes" der Zeitung für die Abonnenten Karten vom Kriegsschauplatz bei.

Der Oberpräsident von Westfalen, Freiherr von der Reke, besuchte heute Bocholt.

Montag, den 13. Juni: An der Hagelfeier-Prozession nahmen 12 000 Personen teil.

Dienstag, den 14. Juni: Die Stadtverordneten beschließen die Anlage eines neuen Friedhofes an der Molkereistraße, der für 30 Jahre ausreichen soll; die Kosten betragen 70 000 Mk. — Hinsichtlich der Feuerwehr wird die Errichtung eines Steigerturms mit heizbarer Trockenvorrichtung und eines Spritzenhauses am Neuplatz beschlossen.

Die Unzulänglichkeit des Marktplatzes wird von den Händlern kritisiert und die Hinzunahme des Neuplatzes an Markttagen gefordert.

Dienstag, den 28. Juni: Die Stadtverordneten beschließen auf Antrag des Bürgermeisters Geller, dem hiesigen Ziegenzuchtverein eine namhafte Unterstützung zu gewähren, „da es sich hier um eine außerordentlich wichtige Sache handele". — Zu bedenken ist, daß damals in Bocholt mehr als 800 Ziegen gehalten wurden.

Vom Niederrhein.

Emmerich, 15. Juni. **Fachausstellung des kath. Gesellenvereins.** Am Sonntag, dem 16. Juni, wird die Fachausstellung mit Werkzeugschau eröffnet. Der Tag beginnt nach Kolpingsgrundsätzen morgens 7 Uhr mit der gemeinschaftlichen hl. Kommunion aller Mitglieder. Um 10.3[illegible] Uhr ist in St. Aldegundis Festgottesdienst. 11.30 Uhr ist die Eröffnungsversammlung im kath. Vereinshause, H. d. Laterne, abends 8 Uhr die Festversammlung im Vereinshause h. d. Laterne, wo Herr Dipl.-Ing. Dr. Kapp von der Handwerkskammer Düsseldorf über das Thema spricht „Die Rationalisierung im Handwerk" mit Lichtbildern. Zu diesen Versammlungen sind alle Mitglieder des Gesellenvereins und alle Handwerkskreise herzlichst eingeladen. Die Ausstellung ist in der kommenden Woche täglich geöffnet. In den Mittags- und Abendstunden ist Radio- und Schallplattenkonzert. Am Mittwoch, dem 19. Juni, wird das Singspiel „Die Bettelprinzessin" mit Orchester nochmals aufgeführt.

Rees, 15. Juni. **Niederrheinische Milch und Butter auf der DLG.-Ausstellung.** In der Abteilung Milchwirtschaft auf der DLG.-Ausstellung in München hatte die Molkerei-Lehr- und Versuchsanstalt der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz zu Cleve unter Katalognummer 242 bis 303 Frischmilchproben ausgestellt. Es erhielten aus dem Kreise Rees Molkerei Elten, Mischmilch von 54 Lieferanten mit 380 rotbunten Niederungskühen, und Molkerei-Genossenschaft Hamminkeln, Mischmilch von 326 Landwirten mit etwa 1300 niederrheinischen Tieflandkühen je einen 1. Preis. Molkereigenossenschaft Obrighoven-Lackhausen e. G. m. u. H., Obrighoven, Mischmilch von 202 Lieferanten mit 980 Kühen, niederrheinischer Tieflandschlag, 1. Preis. Bei der Prämiierung rheinischer Butter erhielt die Molkereigenossenschaft Obrighoven-Lackhausen e. G. m. u. H., Obrighoven, einen 2. Preis und die Molkereigenossenschaft Drevenack-Heddenberg, e. G. m. u. H., Drevenack, eine lobende Anerkennung.

Rees, 15. Juni. **Viehzählungsergebnis.** Am 1. Juni fand eine Zwischenzählung für Schweine und Schafe statt. Dieselbe hatte folgendes Ergebnis: Rees-Stadt hat 154 viehhaltende Haushaltungen mit 506 Schweinen und 10 Schafen. Rees-Land zählt insgesamt 100 viehhaltende Haushaltungen mit 1011 Schweinen und 8 Schafen. In den einzelnen Gemeinden sind vorhanden: Esserden 62 Haushaltungen: 590 Schweine, 8 Schafe, Reeserward 9 Haushaltungen: 105 Schweine, Spedrop 15 Haushaltungen: 175 Schweine, Eyland, 3 Haushaltungen, 36 Schweine, Bergswick, 11 Haushaltungen, 105 Schweine.

Eingesandt.

Leistet der Aufsichtsrat der Rheder Molkerei-Genossenschaft produktive Arbeit?

Schon seit langer Zeit war es ein langersehnter Wunsch der hiesigen Molkereigenossenschaft, das Pferdegespann abzuschaffen und die Fuhrarbeiten, wie Abfahren der Milch usw. an einen Genossen zu vergeben, um auf diese Weise die hohen Unkosten herunterzudrücken. Zu diesem Zwecke hatte sich dieser Tage der Aufsichtsrat zu einer Sitzung zusammengefunden, um ein vorteilhaftes Angebot von den vorliegenden auszuwählen und zu gleicher Zeit die Arbeit dem Genossen zu übertragen. Wie es bei solchen Gelegenheiten immer vorkommt, waren die Angebote zum Abfahren der Milch für je 100 Liter ganz gewaltig verschieden. Das vorteilhafteste Angebot war von einem Genossen für 70 Pfg. abgegeben worden. Das höchste Angebot belief sich auf 1.70—1.80 Mk. Zum Erstaunen aller Genossen erhielt aber ein Genosse durch Stimmenmehrheit den Auftrag zum Preise von 1.40 Rm. für 1000 Liter. Falls man sich die Zahlen genauer vor Augen führt, kommt man zu dem Ergebnis, daß sich die Summe des Unterschiedes des niedrigsten Angebots bis zu dem des Genossen, der den Auftrag erhalten hat, in einem Tage auf 7 Rm. beläuft. In einem Monat beträgt die Summe des Unterschiedes rund 210 Rm. und in einem Jahre wächst diese Summe auf 2500 Rm. an. Diese ist ein reines Passivum der Genossenschaft, das bei anderer Einstellung des Aufsichtsrates hätte vermieden werden können und selbstverständlich auch müssen. Wenn der Auftrag auch nicht gerade an den vergeben worden wäre, der das beste Angebot gemacht hatte, so war es Pflicht des Aufsichtsrates, eines der niedrigsten herauszusondern. Falls sich einer der betreffenden Herren für seinen Privatbesitz hätte entscheiden sollen, so hätte er sich bestimmt eines andern bedacht. Hier ist man genau auf das Doppelte hinausgegangen. Es liegt jetzt im Interesse der Genossen, sich mit diesem Fall zu befassen, um schließlich nicht täglich 7 Mark für ein reines „Nichts" fortzuwerfen.

Einer für Viele.

Radrennbahn Stadion
Samstag 5,30 Uhr

Kilian — Dortmund
Großimlinghaus — Schmitz — Köln
Herausforderungskampf
Pützfeld — Springborn — Müller

Ab 5 Uhr ¼stündiger Omnibusverkehr zum Stadion

Radrennbahn Stadion
Samstag 5,30 Uhr

5149a

Kunstpädagogische Strömungen der Gegenwart.

Eine Ausstellung der Bildschöpfungen von Kindern und Jugendlichen im Kunstpalast zu Düsseldorf vom 2.—16. Juni. — Auch Bocholter Schüler vertreten.

Von E. Theis.

Das Deutsche Institut für wissenschaftliche Pädagogik (Zweigstelle Düsseldorf) veranstaltete vom 28. Mai bis 4. Juni ds. Js. einen kunstpädagogischen Lehrgang in Verbindung mit der Schule der Volkschaft unter der Leitung von Dr. Leo Weismantel. Diesem Lehrgang schloß sich unter dem Titel „Kunstpädagogische Strömungen der Gegenwart" eine Ausstellung größeren Umfangs an, in der zum ersten Male das gesamte Material der heutigen kunstpädagogischen Strömungen dargestellt wird. Die Ausstellung, die bis zum 16. Juni dauert, umfaßt ein reichhaltiges Material von Kinderzeichnungen, die das von der Schule der Volkschaft gesammelte Material für den internationalen pädagogischen Kongreß in Helsingör (Dänemark) darstellen. Die Veranstaltung hat die beste Unterstützung seitens der Ministerien, der Regierungen und der Stadt Düsseldorf erfahren.

Es sind u. a. vertreten die Arbeiten des Gustav Britsch-Instituts für Kunstwissenschaft, Starnberg, die Ausstellung der Stadt Leipzig, die Ausstellung des internationalen Instituts in Mannheim, die Ausstellung Berliner Schulen, sowie der Städte Frankfurt a. M., Düsseldorf, Hanau, Schmalkalden, Kiel, Werl, Bocholt, Stuttgart, Jena, des Pestalozzi-Fröbelhauses in Leipzig, der bayerischen Volksschulen sowie der Wiener Kunstschulen unter Leitung Prof. Czischeks.

Die in Düsseldorf gezeigten Bestände stellen etwa ein Drittel des für den vom 8.—20. August ds. Js. in Helsingör tagenden Weltkongreß verfügbaren Materials dar. Sowohl vor als nach dem Weltkongreß sollen die Arbeiten in einer Reihe von Städten gezeigt werden.

Zweck der Ausstellung. (Aus dem Vortrag von Dr. Leo Weismantel.) Wer in die Fragen der heutigen Kunsterziehung sich vertiefen will, vermag nicht mehr anzuknüpfen an die Problematik der Aussprache über Kunsterziehung, die vor dem Kriege in Deutschland stattgefunden hat. Heute geht es um das Aufdecken ganz bestimmter formgestaltender Kräfte, die in jedem Menschen, also in der Menschheit in ihrer Gesamtheit, liegen und aus deren Pflege wir nicht nur eine Erneuerung der Volkskunst als eine Kunst im höchsten Sinne, sondern eine Erneuerung unseres Geisteswesens und kulturellen Lebens in der Gesamtheit erwarten.

Das Kind wird als „schöpferisch" empfunden und angesprochen. Wer die Ausstellung und das einzelne dargebotene Bildwerkchen eines Kindes richtig werten will, muß deshalb grundsätzlich darauf verzichten, jene Maßstäbe anzulegen, die bisher als Maßstäbe der Kunstwertung galten. Im vorschulpflichtigen Alter kritelt das Kind manchmal Gebilde, aus denen es auf einmal eine Gestalt, etwas Geformtes sieht. Nach diesem unbeabsichtigt, bezw. unbewußt Gestalteten benennt es alsdann sein Gebilde, von dem es vorher nicht wußte, was es werden sollte. Sodann bemüht es sich auch, mit Willen zu formen. Dieses Kritzeln und Zeichnen des Kindes, das allein als Aeußerung der Natur aus dem Kind fließt, verrät so wie die Schrift und wie jede Aeußerung des Kindes von Anfang an seine innere Wesenheit, den Gesamtzustand seiner geistigen Existenz. Dieses Bild ist zunächst Ausdruck; um mehr zu sein, bedurfte dieses Gebilde der Formung.

Der bisherige Zeichenunterricht ging von der Formenlehre aus, die an das Kind und an den Jugendlichen herangebracht wurde ohne Rücksicht auf die jeweilige geistige Existenzlage des Kindes oder des Jugendlichen.

In der modernen Kunsterziehung steht heute als Gestaltungsprinzip die Theorie von Gust. Britsch, nach welcher die jeweilige Erkenntnislage des kindlichen, jugendlichen menschlichen Geistes auch die jeweilige Stufe des bildnerischen Ausdrucks bestimmt.

Die neue Erziehung kann also demnach nicht vom einfachen zum komplizierten Fachunterricht voranschreiten, sondern kann nur der normalen von der Natur selbst gesetzten, von der Natur gewollten Entwicklungslinie des menschlichen Geistes folgen.

Die Lehre von Gustav Britsch, die nicht nur für die bildende Kunst, sondern für alle Formen des menschlichen Geisteslebens gilt, bedeutet einen vollkommenen Umsturz des heutigen Bildungswesens in seiner Gesamtheit. Kann ein Kind nur von Stufe zu Stufe geführt werden, so wie es ihm von innen her gesetzt ist, so vermag der Lehrer niemals von einem Leitfaden her, sondern nur von der genauen Kenntnis der Stufe her, auf der das Kind sich jeweils befindet, die Aufwärtsführung des Kindes und die Entfaltung seiner Kräfte vorzunehmen.

Was in der Ausstellungsbuchhandlung u. a. an einschlägiger Fachliteratur aufliegt:

Bildende Kunst und Vergeistigung der Erziehungsarbeit. Künstlerische Erziehung. Von Kunst zur Gestaltung. Graphologie der Kinderschrift. Pranges Lehrgang für die künstlerische Erziehung. Klottiere. Aufbauendes Zeichnen. Suher: Das Zeichnen in der Volksschule. Tafelzeichnen für die ersten drei Schuljahre. Zeichenlust und Zeichenkunst in der Kinderstube. Ueber das Verständnis für bildliche Darstellung bei Schulkindern. Die Gustav Britsch Theorie. Die Technik der Lehrerzeichnung für den Gesamtunterricht. Wie druckt man mit Stempeln von Kork, Gummi und Kartoffeln? Arbeitsunterrichtliches Zeichnen. Zeichenwunder. Die Kinderzeichnung. Der Genius im Kinde. Die Schule der Lebensalter (Leo Weismantel). Formen des Kunstkennens. Kunst und Arbeit. Schaffende Arbeit und bildende Kunst. Urkunden deutscher Volkskunst.

STRUMPF-WERBE-TAGE

Riesenmengen Strumpfwaren gelangen zu untenstehenden Werbepreisen zum Verkauf.
Jedes Angebot ein Schlager — — Nutzen Sie die Gelegenheit. 5169r

Damenstrümpfe

Damenstrümpfe aus künstl. Seide, besonders preiswert **50 ₰**
Damenstrümpfe Seidenflor, in schwarz und farbig . . . **95 ₰**
Damenstrümpfe meliert mit Laufmasche, Ferse und Spitze verstärkt **1.25**
Damenstrümpfe bewährte Waschseiden-Qual., Ausnahmepreis **1.20**
Damenstrümpfe pr. künstl. Waschseide in vielen Farben **1.68**
Damenstrümpfe besonders feine Qual., aus künstl. Seide **2.50**
„Celta"-Goldstempel der neue Damenstrumpf **3.50**
„Celta"-Goldstempel etwas leichtere Qualität **2.70**
„Celta"-Silberstempel besonders preiswert **1.95**

„Hadeka" Markenstrümpfe

Das Beste vom Besten

Hadeca „Irene" schwerer Seidenflorstrumpf **1.45**
Hadeca „Macco-Stolz" aus ausgewählt. echt ägypt. Maccogarn **1.85**
Hadeca „Macot" 2-fäd., außergewöhnl. haltbarer Strumpf **2.20**
Hadeca „Gold" aus allerbestem 2fachem Seidenflor, Hadeca-Hauptmarke **2.45**
Hadeca „2825½" eleganter feiner Strumpf aus künstlicher Seide **2.75**
Hadeca „Edel" Flor mit Seide . . **3.90**
An Haltbarkeit das Beste was in Verbindung mit Kunstseide bisher gebracht wurde
Hadeca „Wonne" Modestrumpf aus bester Bemberg-Seide **3.90**
Diese seit Jahren erprobten Markenstrümpfe sind in Bezug auf Eleganz und Haltbarkeit unübertrefflich.

Herren-Socken

Hadeca „2902½" Ferse und Spitze verstärkt, bedrucktes Muster . . . . . **42 ₰**
Hadeca „2995" besonders preiswerter schön gemusterter Socken . . . . . **95 ₰**
Hadeca „2922" Hadeca-Hauptmarke, hervorragend schöne Dessins **1.20**
Hadeca „2924" mit Kunstseide plattiert, sehr ansprechende Muster **1.75**
Hadeca „2928" Socken aus bester Bemberg-Seide, vornehmes Jaquard-Muster **2.65**
Hadeca „2096" schwarz-weiß gemustert . . . . . **95 ₰**
Hadeca „2930" schwarz-weiß gemustert, mit Bemberg-Seide plattiert **2.80**
Hadeca „Herrenstolz" bewährter schwarzer Socken **1.65**

Knaben-Sportstrümpfe

Hadeca „2067" Sportstrumpf mit Wollrand, gute Qual., Größe 3 . . **58 ₰**
jede weitere Größe Mk. 0,07 mehr
Hadeca „2017" besonders haltbarer Sportstrumpf, Gr. 3 **95 ₰**
jede weitere Größe Mk. 0,10 mehr

Kinder-Söckchen

Hadeca „2005" starkes Söckchen mit Wollrand, Gr. 1 **45 ₰**
jede weitere Größe Mk. 0,05 mehr
Hadeca „2676" Söckchen aus allerfeinstem Material, merzerisiert, Größe 1 . . . . . **98 ₰**
jede weitere Größe Mk. 0,08 mehr
Hadeca „2010" bes starker Strumpf, in grau und beige, Größe 1 . . . . . **45 ₰**
jede weitere Größe Mk. 0,08 mehr
Hadeca „2989" elegant feiner Strumpf mit Kunstseide meliert, Größe 1 . . . **85 ₰**
jede weitere Größe Mk. 0,10 mehr

Trotz der billigen Preise Ausgabe der beliebten Strumpfsparkarten. — Beachten Sie unsere Fenster.

Mitglied des Großeinkaufskonzerns „Hadeka" Berlin-Chemnitz.

Ww. AUG. MEYER, MARKT 4

Mitglied des Großeinkaufskonzerns „Hadeka" Berlin-Chemnitz.

ZUR KINDERKOMMUNION
empfehle
billigst
GARDINEN, DEKORATIONEN, TEPPICHE, LÄUFER USW.
in meinen bekannt guten Qualitäten. f5198
HEINRICH TERSTEGGE
Osterstr. 62.

Ein gutes **Salatöl**
kaufen Sie in der **Drogerie**
Gebrüder Steiner
Markt 8. 5196g
Probeflasche Nur 90 ₰ ¾ltr.

Kommunion-Anzüge

Wir bringen eine Riesenauswahl besonders in dem richtigen
Kieler Facon
5170r

J.B.Fisser, Nordstr.39
Führendes Spezialgeschäft für Herren- und Knabenbekleidung.

Konsum-Genossenschaft
„EINTRACHT"
e. G. m. b. H., Bocholt

Frischgemüse!

dicker Kopfsalat	Stück	5 Pfg.
Rhabarber	Pfund	10 Pfg.
grüne Bohnen	Pfund	70 Pfg.
Schlangengurken		
Durchschnittsgewicht 1—1¼ Pfd.	Pfund	50 Pfg.
Gurken, kleine Sortierung	Pfund	20 Pfg.
Möhrchen	Bund	20 Pfg.
Stielmus	Bund	5 Pfg.
Tomaten, fleischige Ware	Pfund	80 Pfg.

Montag treffen wieder Kartoffeln ein.

Der Vorstand.

Produktivgenossenschaft
„Eintracht"
e. G. m. b. H., Bocholt

Wir empfehlen
für die Spargelzeit:
Ia gekochten Schinken geschnitten ¼ Pfd. **0,60**
fl. Schinkenspeck geschnitten ¼ Pfd. **0,55**
aus eigener Schlachtung:
prima Rindfleisch Pfd. **1,10**
erste Qualität Kalbfleisch Pfd. **1,30 u. 1,40**
Wurstwaren:
Unsere
Hausmacher Blut- u. Leberwurst
ist
unübertroffen
und nicht mit anderen gleichnamigen Anpreisungen zu vergleichen.
Mitglieder der Konsum-Genossenschaft erhalten auf diese Preise noch 4 Prozent Rabatt.
Verkauf an Jedermann.
Verkaufsstellen:
Langenbergstraße
Mühlenweg
Karolingerstraße (Nur Samstags)
Rhede, Bahnhofstraße 27
Der Vorstand.

Dingdener Spar- und Darlehnskassen-Verein
e. G. m. u. H. zu Dingden i. W.
Die diesjährige
ordentliche Generalversammlung
findet statt am
Donnerstag, den 20. Juni 1929, nachmittags 3,30 Uhr, im Metelingschen Saale.
Tagesordnung:
1. Aenderung des § 48 des Statuts.
2. Vorlage und Genehmigung der Jahresrechnung und Bilanz für 1928; Bericht des Aufsichtsrates und Entlastung.
3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.

4918) **Der Vorstand.**

Auch für Sie
1 Dutzend = 13 Paar?

Wenn Sie bei uns im Laufe eines Jahres 12 Paar Damen-, Herren- oder Kinderstrümpfe kaufen, so erhalten Sie **1 Paar** im Werte des gezahlten Durchschnittpreises **gratis,** ganz nach Ihrer Wahl. Benutzen Sie also recht fleißig unsere mit großem Erfolg eingeführten

Strumpf-Sparkarten

dann ist auch für Sie 5203r

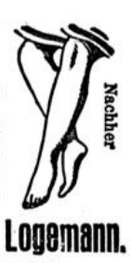
1 Dutzend = 13 Paar!

J. & F. Biergans

Wir veranstalten eine
billige Küchenwoche
und bieten eine staunend günstige Einkaufsgelegenheit für moderne Küchenmöbel in allerfeinster Ausführung. ✣ Riesige Auswahl neuer Modelle. ✣ Zwanglose Besichtigung erwünscht. f4835
Möbelhaus A. Bleker & H. C. Terstegge
Münsterstraße 35 (Flora)

Krampfadern

Schwellungen u. Entzündungen sind **unschön, schmerzlich** und **gefährlich.** **Müdigkeit** und **Fußschmerzen** sind die Folgen Ihres
Senk-, Spreiz- oder Knickfußes
Tragen Sie gegen Ihre **Krampfadern** usw. meinen porösen geseizl. gesch. ärztl. empfohl. in **feinstem** hautfarbenem Zwirn und Seide nach **Maß** hergestellten **unauffälligen Massage-Strumpf,** u. gegen Ihren **Senk-, Spreiz- oder Knickfuß** meinen geseizl. gesch. nach **Fußabdruck** zugerichteten **Gewölbehalter** und Sie werden gleich vielen tausend Dankbarer über die **sofortige** Besserung und Rückbildung erstaunt sein. Kostenlose Vorführung in:



Bocholt: Montag, den 17. Juni, abends von 6½—8
Dienstag, den 18 Juni, morgens von 7½—10½ **Hotel Logemann.**

Auszüge aus laufend eingehenden Dankschreiben: Ich konnte vor Schmerzen kaum gehen, noch schlafen. Seit ich Ihre Einlagen trage, ließen die Schmerz. Tag f. Tag nach. J. Z., Unterböbingen. 3. 1. 29.
Man sieht die Adern kaum mehr, obschon ich die Strümpfe erst kurze Zeit trage. H. S., Munderkingen. 29. 12. 28.
Von müden geschwollenen Füßen spüre ich seit Tragen Ihrer Strümpfe nichts mehr. E. B., Sickingen. 31. 12. 28.
Seit dem Tragen Ihrer Strümpfe fühle ich mich wie neu geboren. E. O., Sickingen. 30. 12. 28.
Infolge gleichmäßigen Haltes Ihrer Strümpfe ist mein Bein soweit geheilt. K. M., Oberlauchringen. 30. 12. 28.
Mein Bein ist geheilt, ich verdanke es ihrem Strumpf. M. L., Nußbaum. 30. 12. 28.

Ph. Steuer Sohn Werkstätte f. sanit. Spezialartikel Konstanz (Baden) Wessenbergstr. 15/17 | Liefere an Krankenkassen

---

Geschäfts-Verlegung.

Meiner verehrten Kundschaft zur Kenntnisnahme, daß ich meine (5174
Herren- und Damenschneiderei
von der Karolingerstr. nach **Schwanenstraße 13** verlegte. Ich danke für das mir bisher geschenkte Vertrauen und bitte auch weiterhin um geneigten Zuspruch.
Heinrich Wiepen,
Schneidermeister.

Artikel zur Krankenpflege!
Verbandwatte, Verbandstoffe, Pflaster, Gummi-Bettstoffe in verschiedenen Preislagen,
Luftkissen
in allen Größen und Preislagen, Bruchbänder, Leib- und Wärmebinden, elektr. Heizkissen u. Gummi-Wärmeflaschen empfiehlt 5122
Drogerie Bruns, Nordstr. 22.

Das neue Adreßbuch der Stadt Bocholt
zu haben
Bocholter Volksblatt
Realschulstraße 14.

Damenräder
mit Bremsnabe und prima Bereifung für 75.— Mk.
Dürkopp-Fahrräder mit Ringlager
Nähmaschinen Reparaturen
Heinr. Rose, Nobelstr.

Zahle
reelle Preise für getragene (5183
Jaketts, Anzüge, Gehrock m. Hose, Joppen, Hosen, Schuhe.
Komme in den nächsten Tagen nach dort.
Angebote unter E. P. A. an die Geschst. d. Ztg.

Heiratsgesuch
Junger Bergm., Inv. (Witwer), 29 Jahre alt, mit einem Mädchen, 5 Jahre alt, kath., mit ausreichender Rente, wünscht Bekanntsch. mit einem Mädchen od. Witwe, 25—35 Jahre, zwecks baldig. Heirat. Komplette 3 Zimmereinrichtung und gesunde schöne Wohnung vorhanden. Briefe mit Bild u. Nr. 1796 an die Geschst. d. Ztg.

Decken Sie schon jetzt Ihren
Winterbedarf an Heizmaterial
bei mir ein.
Gleichzeitig bringe ich mein großes Lager in
Getreide, Kunstdünger und Landesprodukten
in Erinnerung. (**Taubenfutter** stets vorrätig.)
Billige Preise! Prompte Bedienung!
Bestellungen nehme jederzeit entgegen. k5054
Josef Bußhaus
Kohlen- und Getreidehandlung
Kaiser-Wilhelmstr. 39 (früher Gebr. Scholten).
Fernruf 2405.